

Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen – Gutachten zum Bildungsfinanzbedarf

Auch die Schüler/innen an berufsbildenden Schulen bedürfen auf ihrem Bildungsweg der sozialpädagogischen Unterstützung; die berufliche Schule hat sich zu einem Lern- und Lebensort entwickelt, der das Leben und die Entwicklung junger Erwachsener zunehmend bestimmt. In ihrer individuellen Verschiedenheit, ihrer kulturellen und sozialen Vielfalt, aber auch in der großen Bandbreite ihrer Bedürfnisse und Interessen sind die Schüler/innen mit gut angelegten Angeboten zu unterstützen. Daher ist Schulsozialarbeit von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung des Bildungswesens zu einem wirksamen System von Bildung, Erziehung und Betreuung, so die Dortmunder Erklärung des Bundeskongresses Schulsozialarbeit.



GEW Hauptvorstand

	Schülerinnen und Schüler 2014	Bedarf an Schulsozialpädagogen*	Zusätzlicher Bedarf**	Zusätzlicher Finanzierungsbedarf***
Baden-Württemberg	406.312	2.709	2.438	114.579.984
Bayern	373.596	2.491	2.242	105.354.072
Berlin	88.082	587	528	24.839.124
Brandenburg	44.048	294	264	12.421.536
Bremen	25.624	171	154	7.225.968
Hamburg	54.612	364	328	15.400.584
Hessen	189.921	1.266	1.140	53.557.722
Mecklenburg-Vorpommern	33.738	225	202	9.514.116
Niedersachsen	275.113	1.834	1.651	77.581.866
Nordrhein-Westfalen	584.775	3.899	3.509	164.906.550
Rheinland-Pfalz	123.859	826	743	34.928.238
Saarland	34.902	233	209	9.842.364
Sachsen	100.517	670	603	28.345.794
Sachsen-Anhalt	48.578	324	291	13.698.996
Schleswig-Holstein	94.744	632	568	26.717.808
Thüringen	184.567	1.230	1.107	52.029.000
Deutschland	8.366.666	55777	50.199	2.359.367.100

* Annahme pro 150 Schülerinnen und Schüler ein Schulsozialpädagoge.

** Da Sozialpädagogen an Schulen nicht systematisch erfasst werden, wird davon ausgegangen, dass zehn Prozent der notwendigen Sozialarbeiter bereits vorhanden sind.

*** Annahme Entgeltgruppe S12 (47.000 € jährlich).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Quelle: Jaich, Roman: Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand. Frankfurt/M. 2016

Würden die Bundesländer an den beruflichen Schulen eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit pro 150 Schüler/innen einrichten, wie es die GEW und der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit fordern, würde dies länderübergreifend 2,36 Mrd. Euro zusätzlich kosten - so das Ergebnis eines Gutachtens, das der Bildungsforscher Dr. Roman Jaich im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung ermittelt hat. Angesichts der hohen Bedeutung der Schulsozialarbeit – nicht zuletzt zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen – sind dies dauerhaft sinnvoll angelegte Mittel. Die obige Tabelle zeigt u.a. den Bedarf an Schulsozialpädagogen/innen und den

zusätzlichen Finanzierungsbedarf in den Bundesländern. Weitere von der GEW geforderte Verbesserungen (s. Tabelle Seite 2) stellen neben den erforderlichen zusätzlichen Ausbildungsplätzen an Vollzeitschulen die Verringerung der Klassenstärke auf max. 18 Schüler/innen, die Reduzierung der Pflichtstunden auf max. 25 Stunden, die Einrichtung eines Personalpuffers (5 %), die Versorgung mit Schulpsychologen (ein Stelle pro 5.000 Schüler/innen), die glaubhafte Umsetzung der Inklusion sowie die Verbesserung der Ausstattung dar, deren zusätzlicher Finanzierungsbedarf insgesamt knapp 7 Milliarden Euro beträgt. Von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildung

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter

Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent

Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Vorstandsteam

Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker

06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinish-Weiser

0331/964476
heinish-weiser@t-online.de

Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen

Gudrun Biehl

06232/292099
gudrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze

030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique

0441/592203
britta@delique.net

beträgt der gesamte zusätzliche Finanzierungsbedarf für ein zukunftsfähiges Bildungswesen gut 55 Milliarden Euro.

Verbesserungen berufl. Schulen	in Mio. €
Versorgung mit Sozialpädagogen	2.359
Zusätzliche Vollzeitschulplätze	602
Verringerung der Klassenstärke	1.291
Reduzierung der Pflichtstunden	208
Personalpuffer	345
Versorgung mit Schulpsychologen	98
Verbesserung der Ausstattung	1.339
Inklusion an beruflichen Schulen	714
Zusätzlicher Finanzierungsbedarf	6.956

Weitere Informationen zum Gutachten „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand“ finden Sie unter [GEW](#). Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen sehen nun die Länder in der Aufgabe, Schritt für Schritt die gebotenen Verbesserungen umzusetzen. Dass ein zukunftsfähiges Bildungswesen wie auch eine insgesamt bessere öffentliche Infrastruktur finanzierbar sind, weist die GEW mit ihrem Steuerkonzept und dessen aktueller Neuberechnung nach (<http://www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew-steuerkonzept/>).

„Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ – Bundesprogramm für berufsbildende Schulen?

Im Februar haben die Bundesagentur für Arbeit (BA), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks eine Initiative gestartet, mit der junge Geflüchtete im direkten Kontakt mit den Betrieben auf eine handwerkliche Ausbildung vorbereitet werden sollen. Das BMBF stellt 20 Mio. Euro u.a. für eine vertiefte praktische und fachliche Berufsorientierung zur Verfügung, die BA fördert mit ihrem Programm „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk“ von April 2016 an bis 2018 für bis zu 10.000 Jugendliche einen Eintritt in die betriebliche Ausbildung, und das Handwerk

will bis zu 10.000 Ausbildungsplätze zusichern.

Weitergehende Informationen zu dem Programm finden Sie unter [BMBF](#).

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen stellen fest, dass die bisherigen Programme des Bundes insbesondere auf die betriebliche Praxis sowie auf überbetriebliche Bildungsstätten und Bildungsträger abstellen, sofern es um die Bereitstellung beruflicher Integrationsangebote geht. Während die Betriebe aber die aus ihrer Sicht geeignetsten Geflüchteten – auch über Kompetenzfeststellungsverfahren – einstellen dürften, ist infolge der Zahl der Geflüchteten mit einem Anstieg des sogenannten Übergangsbereichs zu rechnen. Die Bundesfachgruppen betonen, dass für ältere Jugendliche und junge Erwachsene durchgängig die Verbindung von Deutsch-Lernen, sozialpädagogischer Begleitung und psychologischer Unterstützung, aber auch von praktischem Arbeiten und Lernen erforderlich ist und nur die berufsbildenden Schulen hier kulturelle, sprachliche und berufliche Bildung so verbinden können, dass eine fundierte Ausbildungs- und Berufsvorbereitung realisiert wird. Daher sollte auch eine Debatte über ein Berufsschulprogramm geführt werden, das ein entsprechendes Angebot an ältere Jugendliche bzw. junge Erwachsene finanziert!

Jugendberufsagenturen

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. – ein gemeinsames Forum u.a. der Kommunen, der Wohlfahrtsorganisationen und der Bundesländer - hat jüngst zehn Erfolgsmerkmale guter Jugendberufsagenturen veröffentlicht ([Deutscher Verein](#)). Betont wird u.a. eine enge Einbindung der Schulen.

Die Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen weisen darauf hin, dass für eine deutliche Verbesserung der Situation der Jugendlichen vor allem auch ein flächendeckender Anstieg der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erforderlich ist.



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen**

Ralf Becker
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinsch-Weiser
0331/ 964476
heinsch-weiser@t-online.de

**Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen**

Guhrun Biehl
06232/292099
guhrun.biehl@gew-rlp.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net